

Beschluss



der 10. Landesdelegiertenversammlung

Soester Erklärung zur Integrations- und Zuwanderungspolitik: Bildung - Arbeit - Selbständigkeit

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen fordert die CDU auf, ihre Integrationspolitik verstärkt auf die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten des Standortes Deutschland auszurichten. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU will weg von der Reduzierung des Themas Integration auf Fragen der Religionszugehörigkeit, der kulturellen Unterschiede und der sozialen Probleme. Bildung – Arbeit – Selbständigkeit sind die drei großen Herausforderungen einer auf positive Ziele ausgerichteten CDU-Integrationspolitik.

I. Gesteuerter Zuzug, um Fachkräftemangel zu bekämpfen

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer guten konjunkturellen Situation. Der Aufschwung verstetigt sich. Gleichzeitig halten Zuwanderung und Auswanderung sich mittlerweile fast die Waage. Die größte Gruppe der Zuwanderer kommt heute über den Familiennachzug, also vollkommen unabhängig von der Lage am Arbeitsmarkt.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU ist gegen einen Zuzug von Menschen direkt in die Sozialsysteme. Aus diesem Grund war es falsch, in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwunges große Zuwanderungsströme zuzulassen. Dies stellt auch die OECD in ihrer jüngsten Studie fest. Fazit: Ungesteuerte Zuwanderung ohne Begründung in der Arbeitsmarktsituation führt zu Einwanderung in die Sozialsysteme und faktisch zu Einwanderung vor allem Geringqualifizierter.

In der aktuellen Aufschwungphase dagegen ist es geboten, dringend benötigte Fachkräfte nach Deutschland zu holen und langfristig in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Der Zuzug ausländischer Fachkräfte ist durch die Senkung der Einkommensgrenze auf 40.000 Euro zu unterstützen. Die gültige Verdienstgrenze von 85.000 Euro ist realitätsfern und erlaubt nur in geringem Umfang die Einwanderung von Facharbeitern und Ingenieuren, die wir als Exportnation besonders brauchen.

II. Bildung der ausländischstämmigen Bevölkerung verbessern

Noch wichtiger als die Steuerung der Zuwanderung ist heute die Integration der bei uns lebenden Migranten.

Die Ergebnisse der Integration für die sogenannte „dritte Generation“ Zuwanderer - die Enkel der sogenannten Gastarbeiter der 50er und 60er Jahre - sind katastrophal. Spätestens seit PISA wissen wir, dass ausländischstämmige Kinder weniger Schulerfolg haben als deutschstämmige. Die Qualifikation dieser Kinder und Jugendlichen muss unsere besondere Aufmerksamkeit haben.

- Die sprachliche Bildung in Deutsch ist Voraussetzung für den Eintritt in ein erfolgreiches Berufsleben in Deutschland. Die Sprache des Herkunftslandes kann eine sehr nützliche Qualifikation sein, die zusätzliche berufliche Chancen eröffnet.
- Frühzeitige Unterstützung, beginnend mit dem Sprachtest im Alter von 4 Jahren, ist auch für Migrationsfamilien unerlässlich.

III. Arbeitsmarktzugang erleichtern

Ausländischstämmige Jugendliche haben erhebliche Probleme bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Neben der viel zu häufig geringen Qualifikation, manchmal auch Motivation der Jugendlichen, gibt es auch Vorurteile bei vielen Arbeitgebern.

- Ausbildung ist der Schlüssel zur Verbesserung von Motivation, Qualifikation und damit Integration. Dies setzt als erstes den Bildungswillen jedes Einzelnen voraus. Wer sich fordern lässt, wird auch gefördert. In diesem Sinne fordern wir Bundes- und Landesregierung sowie die Kammern und Verbände auf, noch mehr als bisher die Ausbildungssituation von ausländischstämmigen Jugendlichen zu fördern.
- Wir fordern die Unternehmen mit ausländischstämmigen Inhabern auf, ihre Ausbildungsquote auf den Durchschnitt der deutschen Wirtschaft anzupassen.

IV. Selbständigkeit fördern

Die MIT NRW beklagt seit langer Zeit, dass Selbständigkeit und Unternehmertum zu wenig in unserer Gesellschaft wertgeschätzt werden. Gerade bei Migranten ist die Bereitschaft und der Wille, selbständig tätig zu sein größer als bei vielen Deutschen. Viele Migranten sind von ihrer Lebenseinstellung her Mittelständler. Dies gilt es zu nutzen. Wir wollen nicht, dass in diesem Punkt die Migranten sich einem übertriebenen sozialen Sicherheitsdenken anpassen.

- Der natürliche Partner in der deutschen Politik für die hier tätigen ausländischstämmigen Unternehmer ist die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU. Die entsprechenden Kontakte werden gepflegt und ausgebaut.

- Ausländischstämmige ebenso wie deutsche Kinder und Jugendliche sind schon frühzeitig an die wichtige Rolle selbständigen Unternehmertums in der Wirtschaft heranzuführen. Selbständigkeit muss zum Unterrichtsinhalt in allen allgemeinbildenden Schulen im Rahmen des Sozialkundeunterrichts werden.

V. Gewinn für den Außenhandel

Hochqualifizierte ausländischstämmige Menschen sind ein enormer Vorteil für die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und die exportorientierte Wirtschaft. Sie bringen fundiertes Wissen über neue Absatzmärkte und wirtschaftliche wie kulturelle Gegebenheiten ihrer Herkunftsländer und -regionen mit. Dies wird bisher zu wenig gewürdigt und genutzt.

VI. Die CDU sollte die Tagespolitik überdenken

Die CDU ist die Partei, die zu Recht den Begriff Integrationspolitik für sich reklamieren kann. Erst die Union ging dieses Politikfeld mutig - nicht immer mit nur erfreulichen Botschaften - und lösungsorientiert an. Die MIT sieht die soziale Marktwirtschaft als Antwort auf soziale und beschäftigungspolitische Fragen der Migration an.

Integrationspolitik darf auch in der CDU nicht auf Fragen des Umgangs mit dem Islam, der kulturellen Unterschiede und der sozialen Probleme beschränkt werden. Integrationspolitik ist kein Unterfach der Sozialpolitik - Wo sie das wird, hat sie selbst schon versagt. Wir wünschen uns - im Einklang mit vielen Migranten selber - eine mehr auf die Wirtschaftsentwicklung ausgerichtete Herangehensweise und eine verstärkte Ausrichtung auf unsere gemeinsamen volkswirtschaftlichen und betrieblichen Interessen.